AWO-Sozialdienst Rostock gemeinnützige GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AWO-Sozialdienst Rostock gemeinnützige GmbH (im Folgenden AWO Rostock genannt) ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Im Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften handelt es sich um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft.

Sie gliedert sich in die Unternehmensbereiche:

- Hilfen zur Erziehung,
- stationäre und ambulante Pflege,
- Sozialpsychiatrie,
- Migration,
- Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern,
- Familienarbeit,
- Seniorenwohnen und Betreuung,
- Kuren und
- "AWO Umwelt".

Die AWO Rostock führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Sie verfolgt gemäß dem Gesellschaftervertrag ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Die Feststellung der Steuerbegünstigung erfolgte zuletzt im Juli 2024 mit der Anlage zum Bescheid zur Körperschaftsteuer für das Jahr 2022.

Die Rechtsgrundlagen für die Dienstleistungsbereiche sind die Sozialgesetzbücher (SGB II, SGB V, SGB VIII, SGB IX, SGB XI, SGB XII), das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG M-V), das Bundesteilhabegesetz (BTHG) sowie das Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Die Finanzierung erfolgt teilweise auf der Grundlage von Landesrahmenverträgen und Förderrichtlinien. Weiterhin muss die AWO Rostock als Anbieter sozialer Dienstleistungen nach Art des Angebotes gesetzliche Anforderungen und Qualitätsstandards erfüllen, wie zum Beispiel das Einrichtungenqualitätsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (EQG M-V), das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG), das Infektionsschutzgesetz (IfSG), die Landesbauverordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V), das Pflegeberufereformgesetz (PfIBRefG) und die Qualitätsprüfungsrichtlinien (QPR).

2. Ziele und Strategien

Ein strategisches Ziel befasst sich mit der Wahrnehmung der AWO Rostock als attraktiver Arbeitgeber, sowohl nach innen als auch nach außen. In diesem Kontext und um das Unternehmen zukunftsfähig aufzustellen, werden strategisch auch weiterhin geplante Maßnahmen zur Akquise und Bindung von Mitarbeitenden in den Folgejahren einen Schwerpunkt darstellen.

Der angestrebte Aufbau einer modernen IT-Infrastruktur und die damit einhergehende Digitalisierung sollen zu Verschlinkungen von Prozessen der Verwaltungs- und Leitungsstruktur führen sowie attraktive Arbeitsplätze schaffen. Im Rahmen der Umsetzung dieses Ziels erfolgte im Berichtsjahr die Einführung verschiedener Softwarelösungen (ambulante Hilfen

zur Erziehung, Kindertagesstätten, Mutter-Kind Klinik) sowie die Überarbeitung des Rollen- und Rechtenkonzeptes zur Verbesserung der internen Kommunikation.

Die AWO Rostock strebt gemäß einem weiteren strategischen Ziel eine Umsatzrendite von zwei Prozent an, welche für den Aufbau von Rücklagen erforderlich ist, um auch zukünftig die Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Angeboten sowie die Investitionstätigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Im Geschäftsjahr 2024 fand unter Beteiligung der Fachbereichs- und Einrichtungsleitungen sowie der Teamleitungen der Geschäftsstelle ein Strategietreffen statt.

3. Beteiligungsgesellschaften

Die AWO Rostock ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- Wirtschaftsdienste Rostock GmbH (WIDI)
- GesundheitsService AWO GmbH

Seit Januar 2022 ist die apetito catering B.V. & Co. KG neuer Minderheitsgesellschafter der Wirtschaftsdienste Rostock GmbH.

Der zum 01.01.1998 vollzogene Betriebsübergang von Einrichtungen des Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rostock e.V. in die AWO Rostock beinhaltet auch die Übergabe/ Übernahme des vorhandenen Anlagevermögens. Der jährlich anzupassende Mietzins beinhaltet mindestens die Refinanzierung der Abschreibungen, Leasingraten oder Tilgungsanteile zuzüglich Zinsen sowie den Ersatz für vom Eigentümer zu leistende Abgaben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesetzliche Neuregelungen können zu Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft führen. Es ist daher wichtig, politische Strömungen und Tendenzen zu beobachten sowie zu analysieren, um bei gesetzlichen Änderungen zeitnah reagieren zu können.

Das seit Juni 2021 verabschiedete Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJStG) zielt darauf ab, die Kinder- und Jugendhilfe inklusiver zu gestalten und die Rechte von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zu stärken. Das zentrale Ziel der Reform der Zusammenführung der Leistungen für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben oder nicht, soll spätestens 2028 umgesetzt werden. Die erwartete Reform hatte im Geschäftsjahr noch keine Auswirkung auf die Angebote der Hilfen zur Erziehung.

Die Eigenanteile vollstationär versorgter Pflegebedürftiger wurden ab dem 1. Januar 2024 noch stärker entlastet. Im ersten Jahr der Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung übernimmt die Pflegeversicherung seitdem 15 Prozent des pflegebedingten Eigenanteils, im zweiten Jahr 30 Prozent, im dritten Jahr 50 Prozent und bei einer Verweildauer von vier und mehr Jahren 75 Prozent des monatlich zu zahlenden pflegebedingten Eigenanteils. Gleichzeitig wurden auch die Leistungsbeträge für häusliche Pflegehilfen durch ambulante Pflege- und Betreuungsdienste um 5 Prozent angehoben.

Wichtige gesetzliche Novellierungen (Landesrahmenvertrag M-V, Einrichtungenpersonal-, Einrichtungenmindestbau- und Einrichtungenmitwirkungsverordnung, EQG M-V) sollen im Jahr 2025 verabschiedet werden.

Das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern stellt fest, dass die Zahl der Pflegebedürftigen im Bereich ambulanter sowie stationärer Pflege im Jahr 2023 einen neuen Höchststand erreichte. Wie aus der zweijährigen Erhebung zur Pflegeversicherung mit Stichtag 15. Dezember hervorgeht, nahmen 5,4 Prozent Personen mehr ambulante Pflege in Anspruch als noch im Jahr 2021. Seit 1999 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Personen in der ambulanten Pflege zu verzeichnen, der sich jedoch in den vergangenen vier Jahren spürbar abgeschwächt hat. Stationäre Pflege erhielten 2,9 Prozent mehr Pflegebedürftige als zwei Jahre zuvor.

Ausgehend von den in der stationären Pflege in M-V erreichten Auslastungsquoten der letzten Jahre forderten die Leistungserbringerverbände eine Absenkung der kalkulatorischen Auslastungsquote für die Kalkulation der Pflegesätze. Aufgrund der Ablehnung der Kostenträger wurde am 31.01.2025 gemeinsam mit den weiteren Leistungserbringerverbänden in M-V ein Antrag auf Einleitung eines Schiedsstellenverfahrens zur Aufnahme einer neuen Regelung zur Auslastungsquote bei der Schiedsstelle nach § 76 SGB XI gestellt.

Mit Wirkung zum 1. Mai 2024 wurde im Rahmenvertrag vollstationäre Pflege in M-V ein neuer Personalschlüssel für den Aufgabenbereich Leitung und Verwaltung verankert.

In einem Abstand von zwei Jahren aktualisiert die Kommunale Statistikstelle die Vorausberechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Eine regelmäßige Aktualisierung der Bevölkerungsprognose unterstützt die langfristige Planung der städtischen Infrastruktur. Dazu gehören Bildungseinrichtungen, Gesundheits- und Sozialdienste, die Wohnraumbedarfsplanung sowie weitere öffentliche kommunale Dienstleistungen. Für die aktuelle Bevölkerungsprognose der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis zum Jahr 2040 bilden die Endjahresbestände des Melderegisters zwischen dem 31.12.2013 und dem 31.12.2023 sowie die Bevölkerungsbewegungen (Geburten, Sterbefälle, Wanderungen) dieser Periode die Datengrundlage.

Die Aktualisierung der Bevölkerungsprognose ergab einen Rückgang der Einwohnenden um 1,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2023. Während für die Altersgruppe ab 65 Jahren ein Anstieg um 6,9 Prozent erwartet wird, weist die Prognose bis zum Jahr 2040 eine starke Abnahme der 6- bis unter 10-Jährigen sowie der 10- bis unter 15-Jährigen in den nächsten siebzehn Jahren um 18,6 bzw. 15 Prozent gegenüber 2023 aus. Für die 15- bis unter 65-Jährigen sind ebenfalls Rückgänge zu verzeichnen.

Damit stehen nicht nur der Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme vor großen Herausforderungen, sondern auch der Pflegebedarf steigt enorm an. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erwartet erhebliche Auswirkungen auf die Krippen-, Kindergarten und Hortstruktur. Aus heutiger Sicht werden bis zum Jahr 2030 bis zu 30 Prozent der heutigen Kapazitäten in der Kindertagesförderung und den Grundschulen nicht mehr benötigt.

Mit Inkrafttreten des 4. KiföG Änderungsgesetzes M-V wurde die Absenkung der Fachkraft-Kind Relation auf 1:14 gesetzlich verankert. Entsprechend tritt ab September 2024 eine Qualitätsverbesserung für die Kindertagesbetreuung in M-V ein. Um die hierdurch entstehenden

Härten abzufangen, sollen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die vom Land insbesondere für die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses im Kindergarten zur Verfügung gestellten Mittel den Trägern bis zu regulären Neuverhandlungen übergangsweise gesondert auszahlen. Die Umsetzung des Personalschlüssels ist bis zum 31. Dezember 2025 vorzunehmen.

Mit der Unterzeichnung des Landesrahmenvertrags für die Einrichtungen der Kindertagesförderung einigten sich Leistungsträger und Leistungserbringer erstmals auf gemeinsame Ziele und Vorgaben. Dazu gehören u. a. die Berechnung der Arbeitszeiten sowie ein einheitlicher Personal- und Leistungsschlüssel. Nach dem Beitritt zum Landesrahmenvertrag durch die Hanse- und Universitätsstadt am 12. September 2024 wurde zum 15. März 2025 die Anpassung der Satzung veröffentlicht.

In Deutschland weisen ca. 28 Prozent der Bevölkerung Merkmale einer psychischen Erkrankung auf. Davon sind circa 1 -2 Prozent anhaltend in unterschiedlichen Lebens- sowie Funktionsbereichen deutlich bis massiv beeinträchtigt. Multiple gesundheitliche und behandlungsbedürftige Problemlagen haben somit die Inanspruchnahme unterschiedlicher Unterstützungsleistungen, u.a. die Eingliederungshilfe, zur Folge. Das Gesamtplanverfahren und die einzelnen Schritte finden sich in den §§ 117-121 des SGB IX. Insbesondere die Bedarfsermittlung und Erstellung des Integrativen Teilhabepfandes (ITP-MV) sind die Grundlage für die Zuweisung in die sozialpsychiatrischen Angebote.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die übrigen Einrichtungen und Angebote der AWO Rostock haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert.

2. Geschäftsverlauf

Die Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt hinsichtlich der Gewinnung von geeigneten Fachkräften hat sich im Jahr 2024 fortgesetzt und weiter verschärft. Der Fachkräftemangel ist in den Angeboten und Diensten zunehmend spürbar. Entsprechend stellte die Personalakquise auch weiterhin eine zentrale Herausforderung mit besonderer Bedeutung dar.

Steigenden Aufwendungen aus tariflichen und allgemeinen Preisentwicklungen wurde für die entgeltfinanzierten Einrichtungen überwiegend durch die Beantragung von Entgelterhöhungen entsprochen. Hierbei ist festzustellen, dass Vergütungsverhandlungen zunehmend in Rechtsstreitigkeiten enden. Die Dauer der Verfahren sind in der Ertrags- und Liquiditätssituation deutlich spürbar.

Im Bereich Hilfen zur Erziehung konnte das seit dem Jahr 2023 anhängige Schiedsverfahren hinsichtlich der Vereinbarung einer leistungsgerechten Vergütung für die stationären Wohngruppen mittels eines Vergleiches beendet werden.

Die Verpflichtung zur Implementierung der Anbindung an die Telematikinfrastruktur zum 1. Juli 2025 wurde in der Piloteinrichtung Seniorenzentrum Stadtweide als erste und bis dato einzige Einrichtung der Arbeiterwohlfahrt M-V umgesetzt.

Die kürzere Verweildauer und die Multimorbidität der Bewohner*innen stellte die stationären Pflegeeinrichtungen der AWO Rostock wiederholt vor große Herausforderungen. Im Berichtsjahr wurden nach Auszügen von Bewohner*innen insgesamt 37 Prozent der Gesamtkapazität neu aufgenommen. Teilweise konnte die im Rahmenvertrag verankerte Auslastung

in Höhe von 98 Prozent nicht erreicht werden. Fehlendes Personal bildete einen Grund für diese Abweichung.

In allen Pflegeeinrichtungen fanden im Geschäftsjahr externe Überprüfungen (Heimaufsicht, Private Krankenversicherung, Medizinischer Dienst, Gesundheitsamt, Hygiene) statt. Die Prüfergebnisse wurden durch die Prüforganisationen veröffentlicht, interne Maßnahmen entsprechend abgeleitet und umgehend umgesetzt.

Die Alternative WohnOase hat 2024 erfolgreich am Projekt "Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege (GAP)" teilgenommen und kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verbesserung der internen Kommunikation und der Optimierung der Dienstplangestaltung geplant bzw. bereits umgesetzt. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln der Pflegekasse (58 Prozent).

Für den Bereich Sozialpsychiatrie führten wiederholt unter der Vereinbarung liegende Auslastungen zu negativen Ergebnissen der Einrichtungen. Mit dem Neuaufruf zu Leistungs- und Entgeltverhandlungen für die Tagesstätten erfolgte im Dezember nochmals eine Anpassung der Kapazitäten. Da hinsichtlich des Entgeltes aufgrund des noch nicht vorliegenden Tarifabschlusses keine Einigung erzielt werden konnte, mündeten die Verhandlungen in Schiedsstellenverfahren.

Gegen den Beschluss der Schiedsstelle (Januar 2024) über die Festsetzung der Entgelte von März 2020 bis September 2022 im Bereich Sozialpsychiatrie wurde durch den Kostenträger Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Die Klagebegründung liegt zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin nicht vor. Parallel zum Verfahren ist die AWO Rostock bestrebt, mit dem Kostenträger eine Einigung außerhalb des Rechtsstreites zu erarbeiten.

Das Leistungsangebot gemeinschaftliches Wohnen musste zum 31. Januar 2024 eingestellt werden. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen konnte die AWO Rostock ihren Ansprüchen im Hinblick auf die Erfüllung der Leistungsvereinbarung nicht mehr gerecht werden.

Der im Berichtsjahr erklärte Beitritt der AWO Rostock zum Landesrahmenvertrag für die Einrichtungen der Kindertagespflege hatte aufgrund der noch nicht verabschiedeten KiföG Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock noch keine Auswirkungen auf die Leistungsqualitäts- und Entgeltverhandlungen für die Kindertagesstätten und den Hort.

Die Novellierung des KiföG M-V führte zu einer Verbesserung im Rahmen der Ausbildung. Auszubildende im ersten und zweiten Ausbildungsjahr werden seit August 2024 nicht mehr auf den Personalschlüssel angerechnet. Damit kam die Landesregierung einer langjährigen Forderung der Träger nach. Im September 2024 wurde in zwei Kindertagesstätten der Essensanbieter gewechselt. Mit dem Wechsel trat eine erhebliche Qualitätsverbesserung ein. Die damit einhergehende Kostensteigerung konnte bisher noch nicht mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vereinbart werden.

Aus einer Zuwendung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock konnte ein Alltagshelfer für unterstützende Tätigkeiten in den Kindertagesstätten im Stundenumfang von 24 Stunden wöchentlich finanziert werden.

Die Förderung der Sprachfachkraft aus Landesmitteln konnte im Geschäftsjahr 2024 fortgeführt werden. Die Sprachfachkraft stellt eine wesentliche Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte dar und stärkt die Zusammenarbeit mit Eltern.

Für die zuwendungsfinanzierten Einrichtungen Bürgerhus und Fanprojekt sind im Geschäftsverlauf 2024 keine Änderungen der finanziellen Rahmenbedingungen eingetreten.

Die Umsetzung des Fachkonzeptes Sozialraumorientierung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock konzentrierte sich im Berichtszeitraum überwiegend auf interne Budgetverhandlungen innerhalb der Stadtverwaltung. Eine inhaltlich-konzeptionelle Umsetzung in den Modellregionen, wie etwa im Stadtteil Groß Klein, konnte daher bislang noch nicht in der sozialen Arbeit vor Ort realisiert werden. Damit blieben die strukturellen Potenziale des Konzepts für das Geschäftsfeld der Familienarbeit bislang weitgehend ungenutzt. Aufgrund der Förderbedingungen zur Finanzierung einer zusätzlichen Stelle (Schulsozialarbeit Plus) musste bisher von der Umsetzung bei der AWO Rostock abgesehen werden.

Die Fortsetzung des Umbaus des betreuten Wohnens am Standort Stadtweide in Pflegeheimplätze konnte aufgrund eines bestehenden Mietverhältnisses auch im Jahr 2024 weiterhin nicht abgeschlossen werden.

Der angestrebte Bundesrahmenvertrag für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen zwischen dem Bundesverband der Rehabilitation, dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen, dem Bund der Pflegekassen und den Verbänden auf Bundesebene (IPReG) befindet sich weiterhin in der Schiedsstelle. Vor diesem Hintergrund wurde für die Mutter-Kind-Klinik mit den Kostenträgern für das Geschäftsjahr 2024 eine pauschale Entgeltsteigerung vereinbart.

Die Mutter-Kind-Klinik wurde im Jahr 2024 wieder erfolgreich nach den Kriterien der ISO 9001:2015, den AWO Normen sowie den Vorgaben des Müttergenesungswerkes rezertifiziert.

Im Rahmen des Energie- und Nachhaltigkeitsmanagements hat das verpflichtende Energie-Audit nach DIN EN 16247 im Jahr 2024 stattgefunden. Die AWO Rostock wurde erfolgreich nach DIN EN 16247 zertifiziert und erfüllt die gesetzlichen Kriterien somit vollumfänglich.

Für die Kindertagesstätten wurde im Jahr 2024 die Ermittlung des CO₂-Fußabdrucks eingeleitet. Im Ergebnis konnten im Geschäftsjahr 2025 alle Kindertagesstätten als klimafreundlich beurteilt werden.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Vermögens- und Finanzlage

Das Unternehmen weist eine positive operative Entwicklung auf. Dieses spiegelt sich in einem hohen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wider. Die Investitionen wurden aus den erwirtschafteten Mitteln finanziert und die Liquiditätsreserven konnten deutlich ausgebaut werden.

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2024 aus Überschüssen des Geschäftsbetriebes finanziert. Die liquiden Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2.097 TEUR an. Die Investitionstätigkeit führte zu einem Mittelabfluss von -186 TEUR.

Periodenergebnis	302 TEUR
+/	
- Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens, sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge,	
= Zunahme/Abnahme des Netto Umlaufvermögens	
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.245 TEUR
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-186 TEUR
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+38 TEUR
Summe Cashflow	2.097 TEUR
= Finanzmittelfond am Anfang der Periode	1.637 TEUR
Finanzmittelfond am Ende der Periode	3.734 TEUR

Für das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind neben planmäßigen Abschreibungen ein Teilabgang von Planungsleistungen im Zusammenhang mit dem Pflegeheim Ribnitz-Damgarten (180,5 TEUR) sowie die Aussonderung von Software (40,9 TEUR). Die Zugänge zum Anlagevermögen entfallen im Wesentlichen auf diverse Anschaffungen von Betriebs- und Geschäftsausstattungen (163,3 TEUR) und dem Erwerb von Software und Lizenzen (33,7 TEUR).

Der Zuwachs des Umlaufvermögens um 1.544,3 TEUR ist auf den Anstieg der Kassen- und Bankguthaben zurückzuführen. Diesem Anstieg steht ein Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände begründet in einer Einzelwertberichtigung (427,2 TEUR) gegenüber.

Der Anstieg der Forderungen ist auf die Entwicklung der Forderungen an, die Kranken- und Pflegekassen, die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, den Sozialhilfeträger, das Bundesministerium sowie Sonstige zurückzuführen. Die ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 1.813,6 TEUR. Der Rückgang der Forderungen gegenüber Gesellschaftern ist auf planmäßige Tilgungen aus Darlehen in Höhe 107,8 TEUR zurückzuführen.

Die Entwicklung des Eigenkapitals wird positiv durch den Übertrag des Jahresüberschusses in den Bilanzgewinn beeinflusst. Die deutliche Erhöhung der Rückstellungen wird durch die Zuführung von Rückzahlungsverpflichtungen (914 TEUR) verursacht.

Während das Anlagevermögen und die sonstigen Vermögensgegenstände gegenüber dem Vorjahr sanken, stiegen die liquiden Mittel im Berichtsjahr deutlich an. Die Vermögenslage der Gesellschaft teilt sich im Verhältnis von 1:2 in Anlage- und Umlaufvermögen auf. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Bilanzsumme um 1.132 TEUR.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 55 % auf 52 % verringert. Der Rückgang der Eigenkapitalquote ist in der Erhöhung der Rückstellungen begründet. Das Eigenkapital deckt in vollem Umfang das Anlagevermögen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gegeben.

b) Ertragslage

Die Ertragslage des Unternehmens stellte sich im Geschäftsjahr 2024 nachfolgend beschreiben dar.

	2024 Geschäftsjahr TEUR	2023 Geschäftsjahr TEUR	Veränderung 2024-2023 TEUR
Umsatzerlöse	45.963,16	41.779,60	4.183,56
- Materialaufwand	11.814,64	11.515,02	299,62
= Rohergebnis	34.148,52	30.264,58	3.883,94
+ sonstige betr. Erträge	1.872,58	2.018,07	-145,49
- sonstige betriebliche Aufwendungen	4.735,89	3.762,99	972,90
- Personalaufwand	30.635,68	28.711,61	1.924,07
- Abschreibungen	375,64	471,70	-96,06
= Betriebsergebnis	273,89	-663,65	937,54
+ Zinsergebnis	39,99	17,85	22,14
- Steuern	-12,18	-14,16	1,98
= Jahresergebnis	301,71	-659,96	961,66

Das Rohergebnis 2024 hat sich gegenüber dem Vorjahr weiterhin positiv entwickelt. Die Erhöhung um 3.883,94 TEUR basiert auf einem Anstieg der Umsatzerlöse. Den gestiegenen Umsatzerlöse von 4.183,56 TEUR steht eine Erhöhung des Materialaufwandes um 299,62 TEUR gegenüber.

Während für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ein Anstieg zu verzeichnen war, sanken die bezogenen Leistungen. Erhöhend wirkten sich die Anpassung des Steuersatzes für den Bezug von Fernwärme und Gas von 7 Prozent auf 19 Prozent, der Neuabschluss zur Versorgung mit Strom mit einem höheren Arbeitspreis sowie erhöhte Aufwendungen für Hausartikel einhergehend mit einem Rückgang der Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter gegenüber. Der Rückgang der bezogenen Leistungen beinhaltet Steigerungen für das zugekaufte Essen, die Wäschereinigung, der Miete aus Betriebsübergang, Instandhaltungen und periodenfremde Aufwendungen. Dem Anstieg stehen Rückgänge für Maßnahmen und Programme aufgrund der Beendigung von Angeboten, und Instandhaltungsmaßnahmen im Vorjahr sowie die Anpassung von Verträgen gegenüber.

Die Materialaufwandsquote betrug im Berichtszeitraum 25,7 Prozent (Vorjahr 27,6 Prozent) und sank damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte.

Hinsichtlich detaillierter Erläuterungen zum Anstieg der Umsatzerlöse wird auf die Ausführungen unter dem Gliederungspunkt Umsatzentwicklung verwiesen.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von -663,6 TEUR auf 273,9 TEUR um 937,5 TEUR deutlich verbessert. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Umsatzerlöse dem nicht im gleichen Verhältnis eine Steigerung des Aufwandes gegenübersteht.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 972,9 TEUR ist überwiegend auf Rückstellungen für Zahlungsverpflichtungen (Abweichung zum Vorjahr 911,6 TEUR) sowie Wertberichtigungen des Anlagevermögens (Abweichung zum Vorjahr 224,5 TEUR) zurückzuführen. Dem gegenüber stehen ein Rückgang der Wertberichtigungen

für Forderungen (Abweichung zum Vorjahr -194,5 TEUR) sowie weiterer diverse Aufwendungen wie z.B. Rechts- und Beratungskosten sowie Fortbildungen und Reisekosten.

Der Anstieg des Personalaufwandes ist überwiegend auf die tarifliche Entwicklung zurückzuführen. Diese sah ab April 2024 eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 EUR sowie eine weitere Steigerung um 5,5 Prozent vor. Darüber hinaus erfolgten Zahlungen im Rahmen der Inflationsausgleichsprämie. Jährlich wirken sich Stufensteigerungen auf den Personalaufwand aus.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent auf 676 Arbeitnehmer*innen an. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten stieg auf 23,5 Prozent.

Die Personalaufwandsquote betrug im Berichtszeitraum 66,7 Prozent (Vorjahr 68,7 Prozent) und stellt sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig dar. Die AWO Rostock ist als Anbieter sozialer Dienstleistungen ein personalkostenintensives Unternehmen.

Dem Personalkostenanstieg (6,7%) steht ein Anstieg der Umsatzerlöse um 10 Prozent gegenüber.

Teilweise stehen dem Mehrbedarf an Personal in den sonstigen betrieblichen Erträgen Erstattungen zum Ausgleich der finanziellen Belastungen aus Beschäftigungsverboten, dem Mutterschutz und sonstige Personalkostenzuschüsse gegenüber.

Während in den ambulanten Hilfen zur Erziehung, der Pflege, den Kindertagesstätten und den sozialpsychiatrischen Einrichtungen die verhandelten Stellenschlüssel in Abhängigkeit von der tatsächlichen Belegung die Basis des Personalbedarfes bilden, ist in den stationären Hilfen zur Erziehung und der Mutter-Kind-Klinik das verhandelte Stellenvolumen ganzjährig vorzuhalten.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 145,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr ist auf im Vorjahr enthaltene pandemiebedingte Erstattungsleistungen zurückzuführen (Vorjahr 178, Geschäftsjahr 0 TEUR). Darüber hinaus wirkt sich ebenfalls auf die Abweichung die im Vorjahr enthaltene Bilanzierung einer Forderung an den AWO Kreisverband Rostock e.V. (AWO KV) aus der Rückzahlung der vorab geleisteten Entschädigung aus der Beendigung des Mietverhältnisses Herzfeldstraße (559,7 TEUR) aus. Dieser steht im Berichtsjahr eine Forderung aus der Eintragung einer Zwangssicherungshypothek aufgrund eines Urteils (427,2 TEUR) gegenüber.

Die Vereinbarung zur Rückerstattung einer nicht erbrachten Dienstleistung sowie die vermehrte Nutzung des Jobtickets wirkt dem Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr mit 141,1 TEUR entgegen.

Das Zinsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 18 TEUR auf 40 TEUR um 22 TEUR erhöht. Ursächlich hierfür sind die Zinserträge aufgrund der Anlage eines Tagesgeldkontos.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 TEUR gesunken. Die sonstigen Steuern haben sich mit 5 TEUR nicht verändert.

Das für das Geschäftsjahr 2024 prognostizierte Jahresergebnis in Höhe von 440,8 TEUR konnte nicht erreicht werden (IST 301,7 TEUR). Die Abweichung zwischen dem prognostizierten Jahresergebnis und dem erzielten Jahresergebnis beläuft sich auf -139,9 TEUR. Dies ist überwiegend auf nicht erzielte Umsatzerlöse aus Minderbelegungen sowie die Berücksichtigung von Wertberichtigungen zurückzuführen.

Entwicklung der Ertragslage des Unternehmens und der Bereiche

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 301,7 TEUR (Vorjahr -660 TEUR) ab. Die Ertragslage der Jahre 2019 bis 2024 stellt sich nachfolgend dar.

Jahr	TEUR
2019	557,20
2020	182,05
2021	379,96
2022	-139,98
2023	-659,96
2024	301,71

Die AWO Rostock erzielte in den Geschäftsjahren 2019 bis 2021 Jahresüberschüsse aus der Geschäftstätigkeit. Demgegenüber stehen in den Geschäftsjahren 2022 und 2023 Jahresfehlbeträge. Während der Bereich Sozialpsychiatrie im Jahr 2019 noch zum Anstieg des Ergebnisses beitragen konnte, waren in den Folgejahren steigende Fehlbeträge festzustellen. Erheblichen Einfluss auf die negative Entwicklung des Bereiches nahmen die Einzelwertberichtigungen im Zusammenhang mit dem derzeit anhängigen Klageverfahren (2020-2022 i.H. von 1.633,6 TEUR), Einzelwertberichtigungen im Zusammenhang mit Forderungen aus dem Sozialdienstleisterentendegesetz (2023 i.H. von 101,6 TEUR) sowie geringe Auslastungen. Für das Geschäftsjahr 2024 ist eine Trendwende für den Bereich festzustellen.

Während Wertberichtigungen im Zusammenhang mit den SodEG (2024 237,6 TEUR) sowie die Beendigung des Angebotes in der Herzfeldstraße nochmals negativen Einfluss auf das Ergebnis des Bereiches Sozialpsychiatrie nehmen, wirken steigende Auslastungen verbunden mit einem Anstieg der Umsatzerlöse der negativen Entwicklung der Vorjahre positiv entgegen.

Positiven Einfluss auf den Verlauf der Ertragslage nahm in den Jahren 2019-2022 und dem Jahr 2024 der Bereich Pflege. Auch der Bereich der sonstigen Dienste kann in den Jahren 2019, 2021 und 2023, 2024 mit Jahresüberschüssen die Ertragslage des Unternehmens positiv beeinflussen. Im Geschäftsjahr 2020 wirkt sich jedoch die Zuwendung in Höhe von 180 TEUR an den AWO KV zur Finanzierung der Baumaßnahme zur Schaffung eines Aktivbereiches negativ auf die Ertragslage aus.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein negatives Jahresergebnis ausgewiesen. Dieses ist auf das nur halbjährige Wirken des Corona Rettungsschirmes sowie den Anstieg des Sachaufwandes zurückzuführen.

Die Ertragslage der Jahre 2020, 2022 und 2023 wird positiv durch das Ergebnis des Bereiches Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern beeinflusst. Im Geschäftsjahr 2023 konnte das Jahresergebnis 2022 jedoch nicht erreicht werden, da dieses ein periodenfremdes Ergebnis in Höhe von 159,7 TEUR enthielt. Auf das Geschäftsjahr 2024 wirkt sich erheblich die nicht nahtlos erfolgte Neuverhandlung von Leistungsentgelten in Verbindung mit der Neuvereinbarung des Essengeldes sowie der Rückgang der Kinderzahlen im Bereich aus.

Zur Verwendung im gemeinnützigen Bereich, für die Erfüllung von steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecken, berücksichtigte das Jahr 2021 (77,7 TEUR) eine Zuwendung an den AWO KV.

Das Geschäftsjahr enthält ein neutrales Ergebnis in Höhe von -351 TEUR (Vorjahr -132 TEUR). Dieses umfasst periodenfremde Aufwendungen und Erträge, Abgänge aus dem Anlagevermögen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen.

Für den Bereich Hilfen zur Erziehung ist insgesamt ein positives Jahresergebnis zu verzeichnen. Positiven Einfluss auf das Ergebnis nimmt die Beendigung des Schiedsstellenverfahrens (Januar 2025) im Zusammenhang mit der Beantragung einer Steigerung der Vergütung (Juni 2023).

Im Bereich Pflege konnte im Geschäftsjahr insgesamt wieder ein Jahresüberschuss erzielt werden. Für das Pflegeheim in Ribnitz-Damgarten wirkt sich weiterhin die Anpassung der Berechnung der Miete aus Betriebsübergang an die verkürzte Nutzungsdauer sowie die Wertberichtigung des Anlagevermögens im Zusammenhang mit der Entwicklung des Standortes negativ auf die Ertragslage der Einrichtung aus. Darüber hinaus nimmt auch die Rückstellung aufgrund des derzeit noch anhängigen Widerspruchsverfahren zur gesonderten Berechnung von Investitionskosten erheblichen negativen Einfluss auf das Ergebnis.

In den übrigen stationären Pflegeeinrichtungen stehen den Mehraufwendungen für den Personal- und Materialaufwand sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Mehreinnahmen in den Umsatzerlösen gegenüber. Zum erheblichen Anstieg der Umsatzerlöse führten wiederholt die Mehreinnahmen aus den Vergütungsverhandlungen des Vorjahres und des Berichtsjahres. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge ist auf die im Vorjahr enthaltenen Kostenerstattungen im Zusammenhang mit der Corona Pandemie zurückzuführen.

Das negative Ergebnis des ambulanten Pflege- und Betreuungsdienstes ist auf die anhaltend schwierige Finanzierungssituation der Häuslichen Krankenpflege zurückzuführen. Das angestrebte Klageverfahren der Kostenträger zur Vergütung der Häuslichen Krankenpflege für das Jahr 2023 verursacht im Geschäftsjahr 2024 eine Wertberichtigung der Forderungen in Höhe von 63,7 TEUR. Hinsichtlich der Steigerung der Vergütung für erbrachte Leistungen des Jahres 2024 ist ein Schiedsstellenverfahren anhängig, entsprechend berücksichtigen die Umsatzerlöse keine Steigerung.

Für den Bereich Sozialpsychiatrie konnte der seit dem Jahr 2020 anhaltenden negativen Ergebnisentwicklung entgegengewirkt werden. Für die weiterhin unter der Vereinbarung liegenden Auslastungen ist gegenüber dem Vorjahr eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die im Geschäftsjahr 2024 stattgefundenen Entgeltverhandlungen für die Tagesstätten mündeten wiederholt in einem Schiedsstellenverfahren. Aufgrund des noch nicht vorliegenden Tarifergebnisses konnte mit dem Kostenträger keine Einigung hinsichtlich der Personalkosten getroffen werden. Das durch den Kostenträger angestrebte Verfahren hinsichtlich der Festsetzung der Entgelte für den Zeitraum März 2020 bis September 2022 ist weiterhin anhängig. Der zur Beilegung des Verfahrens angestrebte Vergleich führte bisher nicht zu einer Einigung. Im Geschäftsjahr 2024 wurde das Angebot in der Herzfeldstraße beendet. Entsprechend treten im Bereich Abweichungen gegenüber dem Vorjahr ein.

Der zuwendungsfinanzierte Bereich Migration stellt sich aufgrund eines periodenfremden Ertrages in Höhe von 47,3 TEUR positiv dar. Der Jugendmigrationsdienst wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert sowie aus Teilnehmerbeiträgen finanziert. Die Weiterreichung der Bundesmittel erfolgt in Form von Personal- und Sachkostenpauschalen. Für übersteigende Aufwendungen sind Eigenmittel einzusetzen. Für das Projekt soziale Betreuung dezentral untergebrachter Ausländer kann kein positives

Ergebnis ausgewiesen werden. Die im Entgelt berücksichtigten Sachkostenpauschalen können den Bedarf der Einrichtung auch nach Anpassung der Vergütung nicht decken.

Für den Bereich der Kindertagesstätten konnte im Berichtsjahr kein positives Jahresergebnis erzielt werden. Ursächlich für die negative Entwicklung der Ertragslage ist die nicht umgesetzte Neuverhandlung der Vergütungen der Kindertagesstätten einhergehend mit der Anpassung des Essengeldes. Sinkende Kinderzahlen sowie der Rückgang von Ganztagsplätzen spiegeln sich in den Umsatzerlösen wider und können steigende Aufwendungen für das Personal nicht ausgleichen. Ebenfalls können Steigerungen des zugekauften Essens nicht durch Mehreinnahmen aus der Anpassung des Essengeldes ausgeglichen werden. Entsprechend stellt sich das Ergebnis der Küchen wiederholt negativ dar.

Während im Bereich der Familienarbeit das Stadtteil- und Begegnungszentrum Groß Klein aus kommunalen Mitteln sowie aus Eigenmitteln finanziert wird, bilden für das Fanprojekt kommunale Mittel, Landesmittel und Drittmittel die Finanzierungsgrundlage. Zunehmende Eigenanteile für die Angebote führen auch in den Folgejahren zu einem negativen Ergebnis des Bereiches. Insbesondere wirken sich hier die nicht zuwendungsfähigen Aufwendungen sowie geforderte Eigenmittel aus.

Die Prüfung der Verwendung von Landesmitteln der Jahre 2008 bis 2015 (excl. 2010) durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern bzw. die Landeszentrale für politische Bildung zur Finanzierung des Fanprojektes dauert an. Die gebildete Rückstellung in Höhe von 76,6 TEUR besteht weiterhin fort.

Die Ertragslage des Bereiches Seniorenwohnen und Betreuung stellt sich negativ dar. Ursächlich hierfür ist die Entwicklung des Materialaufwandes.

Im Bereich Kuren stellt sich das Jahresergebnis der Mutter-Kind-Klinik positiv dar. Ursächlich hierfür ist der Anstieg der Umsatzerlöse begründet in der sehr guten Auslastung und der Steigerung des Entgeltsatzes ab Februar 2024. Demgegenüber steht ein Anstieg der Miete aus Betriebsübergang. Diese beinhaltet eine Instandhaltungsumlage (Materialaufwand) zur Umsetzung der erforderlichen Instandhaltungen am Gebäude.

Entsprechend dem angewendeten Umlageschlüssel erfolgt die Verteilung der Ergebnisse der Geschäftsstelle, des Betriebsrates sowie des Qualitäts- und Energiemanagements auf die Einrichtungen.

Aufgrund der tariflichen Entwicklung, des Umzugs der Geschäftsstelle in neue Räumlichkeiten, Rechts- und Beratungskosten sowie der Aussonderung von Anlagevermögen steigt der Betrag der Verwaltungsumlage im Berichtsjahr an. Bei gleichzeitig steigender Basis zur Verteilung der Umlage bleibt der Prozentsatz der Verwaltungsumlage gegenüber dem Vorjahr konstant.

Umsatzentwicklung

Insgesamt wurden gegenüber dem Vorjahr 4.183,6 TEUR höhere Umsatzerlöse erzielt. Damit stiegen diese gegenüber dem Jahr 2023 um 10,0 Prozent. Zu diesem Ergebnis trugen im Wesentlichen die Bereiche Pflege, Hilfen zur Erziehung sowie Kuren bei.

Umsatzsteigerungen im Berichtsjahr waren durch die ganzjährige Wirkung von Entgeltabschlüssen aus dem Vorjahr sowie Neuvereinbarungen in den Einrichtungen der Pflege, der Hilfen zur Erziehung, der Sozialpsychiatrie sowie der Mutter-Kind-Klinik möglich.

Im Bereich Migration konnten die Umsatzerlöse aufgrund des Projektendes/ der Beendigung von Angeboten nicht erreicht werden. Für fast alle übrigen Bereiche ist eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

In der stationären Pflege ist für das Geschäftsjahr eine Erhöhung der erzielten Gesamtauslastung festzustellen. Die Entwicklung der Pflegegrade weist eine Zunahme von Bewohner*innen in den Pflegegraden 3 und 5 bei gleichzeitigem Sinken der Pflegegrade 2 und 4 gegenüber dem Vorjahr aus.

In den Kindertagesstätten sank die Anzahl der Kinder bei gleichbleibender Kapazität auf durchschnittlich 94 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ist neben dem Rückgang der Kinderzahlen ein Wechsel von Ganztagsplätzen zu Teilzeitplätzen festzustellen.

Dahingehend wirkte sich die Auslastungssteigerung gegenüber dem Vorjahr in der Mutter-Kind-Klinik umsatzsteigernd aus.

Für den Bereich Sozialpsychiatrie kann insgesamt eine Steigerung der Umsatzerlöse festgestellt werden. Der Umsatzrückgang in Verbindung mit der Beendigung des Angebotes in der Herzfeldstraße konnte im Bereich ausgeglichen werden.

In den zuwendungsfinanzierten Einrichtungen begründet sich die Abweichung des Umsatzes in der Anpassung der Zuschüsse an den Personal- und Sachaufwand.

Der umsatzstärkste Bereich mit einem Anteil von 53,3 Prozent am Gesamtumsatz ist weiterhin der Bereich Pflege gefolgt vom Bereich Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit 21,2 Prozent. Die Mutter-Kind-Klinik, der Bereich Hilfen zur Erziehung, der Bereich Sozialpsychiatrie und die übrigen Einrichtungen erwirtschafteten 25,5 Prozent des Gesamtumsatzes des Unternehmens.

Die Umsatzrentabilität betrug im Berichtszeitraum 0,66 Prozent (Vorjahr -1,58 Prozent) und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 2,24 Prozentpunkte.

Gesamtaussage

Insgesamt wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Geschäftsjahr positiv eingeschätzt. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist mit 301,7 TEUR eine ausreichende Ertragskraft aus. Das bilanzierte Umlaufvermögen übersteigt das Anlagevermögen deutlich. Die Eigenkapitalquote beträgt 52 Prozent. Der Verschuldungsgrad beträgt 64 Prozent (exkl. Sonderposten) und liegt damit in einem vertretbaren Rahmen.

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfristen zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die liquiden Mittel gedeckt.

Für das Jahr 2025 wird ein Jahresüberschuss erwartet. Die Ergebnisse des Tarifabschlusses der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für den öffentlichen Dienst sowie Stufenaufstiege werden zu einem weiteren Anstieg des Personalaufwandes führen. Um diesem erheblichen Anstieg Rechnung zu tragen, erfolgten entsprechende Anträge auf Erhöhung der Vergütung gegenüber den Kostenträgern.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

In allen Fachbereichen arbeitet die AWO Rostock an der Optimierung der Standorte durch Veränderung oder Erweiterung der Angebote sowie an der konsequenten Dienstleistungsverbesserung. Die damit einhergehenden strukturellen, prozessualen und inhaltlichen Entwicklungen erfordern weiterhin ein hohes Maß an Flexibilität, Engagement und Einsatzbereitschaft der Mitarbeitenden.

Ziel bleibt es, die Platzierung der AWO Rostock am regionalen "Markt sozialer Dienstleistungen" zu behaupten und auszubauen.

Die verschärfte Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt hinsichtlich der Gewinnung von geeigneten Fachkräften wird sich auch in Folgejahren fortsetzen und zunehmend weiter verschärfen.

Bedeutsam für den Bereich Hilfen zur Erziehung wird in den nächsten Jahren die SGB VIII-Reform sein. Mit den gesetzlichen Änderungen sind sowohl Risiken als auch Chancen verbunden. Es wird stark von der Umsetzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock als öffentlichen Jugendhilfeträger abhängen, inwieweit sich das Innovationspotential der Regelungen entfalten kann. Hervorzuheben ist die inklusive Ausrichtung des Gesetzesentwurfs, welche einen bedeutsamen fachlichen Meilenstein darstellt.

Der Bedarf an ambulanten und stationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung ist weiterhin sehr hoch, jedoch stehen den Fallanfragen Bewilligungen mit geringerem Stundenumfang gegenüber. Hier gilt es zukünftig im Rahmen der Sozialraumorientierung als verlässlicher Partner in Kooperation mit Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren zu agieren und die Hilfen passgenau auf konkrete Bedarfe zuzuschneiden. Mehrbedarfe in diesem Bereich kann weiterhin aufgrund fehlender Wohnräume nicht begegnet werden.

Die Verhandlungen von Leistungsentgelten münden zunehmend in Rechtsstreitigkeiten. Während für die stationären Hilfen zur Erziehung nach § 78g SGB VIII die Schiedsstelle angerufen werden kann, besteht diese Möglichkeit für Leistungen nach dem § 77 SGB VIII weiterhin nicht.

Die Nachfrage nach vollstationären Pflegeplätzen ist weiterhin hoch. Dem entgegen steht die zunehmende Konkurrenzsituation um die Gewinnung und Bindung von Pflegepersonal verbunden mit der hohen Anzahl an Pflegeeinrichtungen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Entsprechend bedarf es zukünftig intern und auch politisch mittel- und langfristige Strategien, um die Attraktivität des Pflegeberufes zu erhöhen und junge Menschen an das Bundesland M-V zu binden. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Akquise ausländischer Fachkräfte, wenngleich unter hohen bürokratischen Hürden, zunehmend an Bedeutung.

Um sich den Herausforderungen der Pflege zu stellen, werden künftig alle im Pflegebereich tätigen Akteure auf Landesebene gemeinsam an Lösungen für die Zukunft arbeiten. Das Bündnis aus Sozialministerium, Vertretungen von Wohlfahrtsverbänden, Pflegediensten und Kommunen wird sich mit dem "Pakt für Pflege" zunächst sechs Kernthemen widmen. Im Jahr 2025 wurden im Rahmen des Paktes für Pflege verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zu unterstützen. Dazu gehören die Erhöhung der

Pflegeleistungen um 4,5 Prozent sowie die Anpassung der Beträge für die Kurzzeit- und Verhinderungspflege.

Die Verabschiedung des Pflegestudiumstärkungsgesetzes (PflStudStG) im Dezember 2023 mit den Neuerungen zur Übertragung heilkundlicher Tätigkeiten bietet weiterhin neue Möglichkeiten, die auch in der ambulanten und der stationären Altenpflege Möglichkeiten der Einbindung bieten.

Die aktuelle Pflegestatistik 2024 zeigt einen starken Anstieg der Pflegebedürftigen in Deutschland. Ende 2023 waren rund 5,7 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen – ein Zuwachs von 730.000 Personen seit 2021. Neben der Alterung der Gesellschaft trägt auch eine erweiterte Definition von Pflegebedürftigkeit zu diesem Anstieg bei. Der Anstieg überschreitet die bisherigen Erwartungen. Die Pflegesozialplanung der Hanse- und Universitätsstadt berücksichtigt bis zum Jahr 2030 ein Anstieg der Menschen mit Pflegebedarf um 3 Prozent. Bis zum Jahr 2040 wird insgesamt eine Steigerung der Anzahl um 10 Prozent erwartet. Gleichzeitig berücksichtigt die Planung einen Anstieg der Menschen mit Demenz.

Die Verpflichtung zur neuen Telematik- Infrastruktur und die verpflichtende Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens wird die AWO Rostock auch im folgenden Jahr vor Herausforderungen stellen. Eine bedeutende Herausforderung besteht auch in der Sanierung von Einrichtungen unter den Restriktionen der gesetzlichen Gegebenheiten. So auch für die Umsetzung der Sanierungspläne für den Standort Ribnitz-Damgarten verbunden mit einer Erweiterung der Nutzungsangebote.

Zur Förderung der Digitalisierung werden für jede ambulante und stationäre Einrichtung auf der Basis des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG) Fördermittel für Digitalisierungsprojekte bereitgestellt. Ziel ist es, digitale Anwendungen zur Entlastung der Pflegekräfte zu fördern, die insbesondere das interne Qualitätsmanagement, die Erhebung von Qualitätsindikatoren, die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege betreffen. Auch die AWO Rostock sieht hier für den Bereich Pflege in den kommenden Jahren eine Möglichkeit durch den Einsatz der Fördermittel die Mitarbeitenden weiter zu entlasten.

Im Geschäftsfeld der Sozialpsychiatrie ist nach der erfolgten Standortbestimmung im Jahr 2024 eine Schärfung der Angebote sowie die konzeptionelle Anpassung an Bedarfe speziell im Bereich der adoleszenten Leistungsberechtigten dringend erforderlich.

Aktuell befindet sich die AWO Rostock mit allen sozialpsychiatrischen Angeboten in Schiedsstellenverfahren. Eine wirtschaftlich tragfähige prospektive Einigung der Personalkosten konnte mit dem Kostenträger nicht erzielt werden.

Aufgrund der derzeit schwierigen Mietsituation des Tagesstrukturierenden Zentrums 61 am Standort Groß Klein erfolgt im Geschäftsjahr 2025 intensiv die Suche nach alternativen Räumlichkeiten. Die Anforderungen an mögliche neue Gewerberäume (direkte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, Barrierefreiheit, reizarme Umgebung) erschweren dies deutlich. Die Realisierbarkeit der Anforderung im Sozialraum Groß Klein bleiben zu wollen, muss kritisch hinterfragt und überprüft werden. Alternative Stadtteile im Nordwesten als erweiterter Lebensweltbezug der derzeit aufsuchenden Klienten müssen in Betracht gezogen und geprüft werden. Um die Refinanzierung der Miete zu gewährleisten ist es erforderlich vor Abschluss von Vereinbarungen die Zustimmung des Kostenträgers einzuholen.

Die Unterzeichnung des Landesrahmenvertrages gemäß § 24 Abs. 5 Kifög M-V im Geschäftsjahr 2024 verbunden mit einer Satzungsänderung im I. Quartal 2025 ermöglicht die Vereinfachungen in der Kalkulation von Entgelten. Abzuwarten bleibt die Umsetzung im Rahmen von Entgeltverhandlungen. Der Aufruf mit Wirkung zum 1. April 2025 zum Abschluss von Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltverhandlungen für die Kindertagesstätten mündete in einem Schiedsstellenverfahren.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 soll es für Grundschul Kinder einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geben. Der Rechtsanspruch gilt zunächst für Grundschul Kinder der Jahrgangsstufe 1 und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab 1. August 2029 an jedes Grundschul Kind der Jahrgangsstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Auch für die folgenden Jahre erwartet die Hanse- und Universitätsstadt einen anhaltenden Rückgang der Kinderzahlen. Dies wird in Zukunft erhebliche Auswirkungen auf die Auslastung der Kindertagesstätten haben. Entsprechend ist eine Anpassung bzw. Umnutzung der Angebote und Raumkapazitäten vorzunehmen.

Der Bereich Familienarbeit muss hinsichtlich weiter steigender Eigenanteile kritisch betrachtet werden. Für die Zukunftssicherung des Bereiches ist es erforderlich, dass hier auf verbandspolitischer Ebene sowie im Rahmen trägerübergreifender Netzwerke stärkere Aktivitäten entfaltet werden, um gemeinsam Position für den Erhalt der Vielfalt in der Jugendhilf Landschaft zu beziehen und sich für auskömmliche Rahmenbedingungen der Jugend- und Gemeinwesenarbeit einzusetzen.

Die Förderrichtlinien für den Beantragungsprozess der Zuschussgewährung für Fanprojekte nach dem Nationalen Konzept Sport und Sicherheit wurden vom Deutschen Fußballbund und der Deutschen Fußballliga überarbeitet und gelten in der Neufassung für die Jahre 2023 bis 2025. Kritische Punkte aus Trägersicht sind insbesondere die Aufweichung der 50 Prozent-Regelung hinsichtlich des Förderbetrages, die Deckelung der Höchstfördersumme sowie der unklare Umgang mit laufenden Steigerungen von Personal- und Sachkosten. Bundesweit gibt es deutliche Kritik von Trägern und Fachverbänden. Im Arbeitsfeld stoßen aktuell circa 50 Prozent der Fanprojekte personell und finanziell an ihre Belastungsgrenzen. Für den DFB und die DFL bilden die Förderung der Fanprojekte weiterhin einen zentralen Baustein in der Präventionsarbeit um für ein sicheres sowie fanfreundliches Stadionerlebnis zu sorgen. Aktuell liegt ein Vorschlag des DFB und der DFL zur Erhöhung der Fördermittel vor. Die Annahme durch die Bundesländer und Kommunen bleibt abzuwarten.

Um förderliche Rahmenbedingungen für die Mutter-Kind-Kliniken auf Bundesebene zu sichern, ist das Engagement von der GesundheitsService AWO GmbH, vom AWO Bundesverband sowie vom Müttergenesungswerk weiterhin von Bedeutung.

Der AWO Bundesverband spricht sich weiterhin dafür aus, die Angebote der Vorsorge und Rehabilitation für Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung auszurichten. Infolgedessen würden sich die Angebote auf pflegende Angehörige erweitern.

Auf Grundlage des Gesetzes zur Stärkung der intensivpflegerischen Versorgung und Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (IPReG) können mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung Rahmenverträge zu Leistungen, Qualität und Vergütung geschlossen werden. Da bisher keine Einigung zum Bundesrahmenvertrag für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen zwischen dem Bundesverband der Rehabilitation, dem

Spitzenverband Bund der Krankenkassen, dem Bund der Pflegekassen und den Verbänden auf Bundesebene erzielt werden konnte wurde durch die GesundheitsService AWO die Schiedsstelle angerufen.

Für die Folgejahre sind für die Mutter-Kind-Klinik stetig Sanierungsmaßnahmen am Gebäude erforderlich, um die Substanz und die Zukunftsfähigkeit der Einrichtung zu sichern.

Die Arbeiterwohlfahrt hat auf ihrer Bundeskonferenz im Jahr 2021 ihr Bekenntnis zu den Pariser Klimaschutzzielen sowie zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bekräftigt. Sie hat vor diesem Hintergrund das Ziel formuliert, für alle ihre Einrichtungen und Dienste noch vor dem Jahr 2040 Klimaneutralität zu erreichen und hierfür zeitnah einen verbindlichen Ziel- und Maßnahmenkatalog zu verabschieden, welcher eine schrittweise und wirksame Reduktion der CO²-Emissionen ihrer Einrichtungen und Dienste in den kommenden Jahren sicherstellt.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird im Wirtschaftsplan ein Jahresüberschuss in Höhe von 300 TEUR erwartet. Die geplanten Überschüsse einzelner Bereiche werden voraussichtlich die erwarteten Eigenmittel der zuwendungsfinanzierten Angebote sowie das Defizit der Mutter-Kind-Klinik aufgrund erheblicher Sanierungsaufwendungen ausgleichen.

Die Planung wirkt sich auf die Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren gegenüber dem Berichtszeitraum folgendermaßen aus: Während für die Personalaufwandsquote aufgrund der im Wirtschaftsplan berücksichtigten tariflichen Entwicklung ein Anstieg erwartet wird, sinken die Umsatzrentabilität sowie die Materialaufwandsquote gegenüber dem Berichtsjahr. Das Sinken der Quoten ist in einem stärkeren Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber der Entwicklung des Jahresergebnisses bzw. des Materialaufwandes begründet. Erwartete Mehreinnahmen aus Entgeltvereinbarungen und Zuwendungen führen zu diesem Ergebnis. Die Umsetzung der Vergütung der Mitarbeitenden in Anlehnung an den TVöD sowie das berücksichtigte Personal verursachen einen Anstieg des Personalaufwandes. Vergütungsverhandlungen im laufenden Geschäftsjahr sowie die Beendigung von Schieds- und Klageverfahren können zu einer weiteren Erhöhung der Umsatzerlöse verbunden mit einem Anstieg des Ergebnisses des Unternehmens führen.

In den Folgejahren sind weiterhin Maßnahmen zur Neustrukturierung der internen Prozesse geplant. Ziel ist es hierbei, Abläufe zu optimieren, um Kosteneinsparungspotentiale insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu nutzen.

Chancen- und Risikobericht

Die finanzielle Situation der Bundesländer, Landkreise und Kommunen sowie die finanzielle Lage der Kranken- und Pflegekassen und der hiermit verbundenen Gesetzgebung im Sozialbereich beeinflussen auch die wirtschaftliche Entwicklung der AWO Rostock. Für die mit öffentlichen Zuschüssen finanzierten Einrichtungen und Maßnahmen besteht ein erhöhtes Risiko, dass sich Zuschussbedingungen ändern und es zu Veränderungen von Zuwendungsgrundlagen kommen kann.

Die Verhandlung leistungsgerechter Entgelte gestaltet sich zunehmend schwierig. Teilweise finden nachgewiesene Aufwendungen keine Berücksichtigung im vereinbarten Entgelt. Damit werden die Möglichkeiten für die Ausgestaltung der vorgehaltenen Angebote eingeschränkt.

Ebenfalls ist es im Rahmen der Risikovorsorge erforderlich in Entgeltverhandlungen Risiko- und Gewinnzuschläge zu vereinbaren.

Durch die sozialpolitische Lobbyarbeit des AWO-Landes- und Bundesverbandes kann eine Verbesserung der Grundsatzprobleme herbeigeführt werden, die in den Leistungsverhandlungen auftreten, aber nicht durch den einzelnen Verband zu lösen sind. Darüber hinaus bündelt die LIGA M-V die Interessen und Bedarfe Betroffener und Hilfebedürftiger, um sie gegenüber Politik und Kostenträgern des Landes zu vertreten und nimmt dadurch Einfluss auf die Entwicklung der Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit der Verbände, Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege.

Die im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems erarbeitete Kommunikationsmatrix soll dazu beitragen, die innerbetriebliche Kommunikation zu fördern. Die in der Risikobewertung erfassten Risiken finden Eingang in die strategischen Ziele des Unternehmens. Um an der Entwicklung sozialer Dienstleistungen teilhaben zu können, ist ein vollständiger Ausschluss von Risiken nicht möglich. Entscheidend ist es, diese zu erkennen und in einem vertretbaren Rahmen zu halten und Maßnahmen abzuleiten.

Eine regelmäßige Berichterstattung aus dem internen Rechnungswesen sichert den Informationsbedarf der Geschäftsführung und der Einrichtungen und dient der Steuerung des operativen Geschäftes. Über ein monatliches Reporting werden der Geschäfts- sowie den Einrichtungsleitungen die steuerungsrelevanten Daten und Kennzahlen aufgezeigt.

Hinsichtlich der Ukraine-Krise werden auch weiterhin Auswirkungen auf die Kosten der Einrichtungen erwartet. Diese Auswirkungen lassen sich weiterhin gegenwärtig nicht abschließend einschätzen.

Mit dem Abschluss des Tarifvertrages der AWO Rostock in Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes ab Januar 2015 wird weiterhin die Chance gesehen, die Mitarbeitenden zu motivieren und leistungsgerecht zu vergüten sowie dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Für das Jahr 2025 werden die Ergebnisse des Tarifabschlusses der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für den öffentlichen Dienst sowie Stufenaufstiege zu einem weiteren Anstieg des Personalaufwandes führen. Ab April 2025 werden die Tabellenentgelte erneut steigen. Die sofortige Übernahme der Ergebnisse von Tarifabschlüssen stellt für die Verhandlung von Entgelten ein erhebliches unternehmerisches Risiko dar.

Die mit dem demographischen Wandel einhergehend sinkende Zahl an erwerbsfähigen Menschen und dem sich damit zuspitzenden Mangel an Fachkräften erfordert weiterhin und zunehmend Maßnahmen zur Personalbindung und Personalgewinnung. In diesem Zusammenhang ist es gleichermaßen wichtig, auch auf der Ebene der Organisationsentwicklung tätig zu sein und unter anderem geeignete Maßnahmen zur Personalentwicklung sowie betrieblichen Gesundheitsförderung zu forcieren.

Die AWO Rostock hat sich die Sicherung des eigenen Fachkräftebedarfes zum Ziel gesetzt. Zu diesem Zweck soll das Ausbildungsangebot weiter ausgebaut werden. Seit dem Jahr 1997 werden Ausbildungsplätze im Bereich Pflege, ab dem Jahr 2017 für Erzieher und ab dem Jahr 2024 wieder im kaufmännischen Bereich angeboten.

Das Unternehmen ist ein zuverlässiger Partner der Ausbildung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und Umgebung. Ebenfalls bietet die AWO Rostock jungen Menschen die Möglichkeit, durch die Ableistung des Bundesfreiwilligendienstes, eines freiwilligen sozialen

Jahres oder eines freiwilligen ökologischen Jahres einen Einblick in die soziale Arbeit der Einrichtungen zu gewinnen.

Es besteht weiterhin ein intensiver Wettbewerb bei der Rekrutierung qualifizierter Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Risiken für das Unternehmen aus unbesetzten Stellen und fehlendem qualifizierten Personal gilt es entgegenzuwirken. Mit einer transparenten und fairen Vergütung sowie der Wahrnehmung als attraktiver Arbeitgeber wird die AWO Rostock auch zukünftig den Mitarbeitenden vielfältige Arbeitgeberleistungen bieten und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Alle Geschäftsbereiche werden sich den Herausforderungen der Digitalisierung stellen. Die Voraussetzungen dafür stellt eine zukunftssichere IT-Struktur dar. Diese soll die Basis für den Aufbau und die Implementierung zukunftsweisender Applikationen wie Pflegeassistenzsysteme, moderne Personal- und Buchhaltungsprogramme mit dann digitalisierten Workflows und den Aufbau einer digitalisierten Kommunikationsplattform bilden. Die Optimierung der Verwaltung wird als Chance gesehen, um sich für die nächsten Jahre zukunftsfähig aufzustellen. Maßnahmen zur Senkung des Umlageschlüssels für die zentrale Verwaltung werden weitergeführt.

Eine strategische Zielanpassung mit einhergehender operativer Planung der Ziele und Maßnahmen für die jeweiligen Geschäftsjahre wird im Folgejahr weiter die Steuerung des Unternehmens positiv beeinflussen und zur Optimierung der Kostenstruktur beitragen.

Um wirtschaftliche Risiken durch Auslastungsschwankungen im Unternehmen minimieren zu können, muss eine kontinuierliche Akquise von potenziellen Interessenten sichergestellt werden. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, Anfragen von zukünftig zu betreuenden Menschen effizient zu verwalten, so dass Abgänge zeitnah ausgeglichen werden können. Für eine verlässliche Auslastung der Angebote ist eine enge Abstimmung mit den Kostenträgern bei der Belegungssteuerung von zentraler Bedeutung. Diese Aspekte stellen eine erhebliche Herausforderung für die Mitarbeitenden dar und sind im Arbeitsalltag fortlaufend zu berücksichtigen. Die AWO Rostock wird auch im Jahr 2025 an der Umsetzung ihrer strategischen Ziele arbeiten – mit dem Fokus auf Qualität, Digitalisierung und Fachkräftebindung.

Rostock, 03.06.2025

Katja Riegner
Geschäftsführerin